

## Thema des Monats

### Aktionsbündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung in Bremen

(brb).-Ende November hat der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen für das Bundesland Bremen ein Bündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung am Bau unterzeichnet.



In dem Bündnis haben sich der Senat der freien Hansestadt Bremen, vertreten durch die Senatorin für Finanzen, der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen, der Verband Gewerblicher Bauunternehmer im Land Bremen, die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt sowie die Bundesfinanzdirektion Nord für die Bundeszollverwaltung zusammengeschlossen.

Fortsetzung Seite 2 oben

### Hochschultag der Bauindustrie 2009

(brb).-Der Hochschultag der Bauindustrie Niedersachsen-Bremen 2009 führte am 10. November 2009 Professoren niedersächsischer Hochschulen, Bauunternehmer sowie Vertreter aus Politik und Verwaltung auf Einladung des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen und der Ingenieurkammer Niedersachsen im Ausbildungszentrum Mellendorf zusammen.

Der Präsident des Verbandes, Professor Dr.-Ing. Rolf Warmbold, betonte in seiner Eröffnung die Bedeutung des Technologietransfers für die Bauindustrie und der von Europa vorangetriebenen Normungsvereinheitlichung. Dipl.-Ing. Hans-Ullrich

Kammeyer, Präsident der Ingenieurkammer Niedersachsen, begrüßte die Teilnehmer im Namen des Mitveranstalters.

Er forderte, dass die neu strukturierte Hochschulbildung auch weiterhin die Qualität der bisherigen Bauingenieurusbildung sichern soll.

Universitätsprofessor Dr.-Ing. Ludger Lohaus, Leiter des Instituts für Baustoffe der Leibniz Universität Hannover, referierte über das Thema „Wird Beton grün?“. Klimaschützender Beton kann dadurch hergestellt werden, dass der Portland-Zementklinker-Anteil im Portland-Zement

Fortsetzung Seite 2 unten

#### 1 Thema des Monats:

Aktionsbündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung in Bremen

Hochschultag der Bauindustrie 2009

#### 2 Kommentar:

Mit skeptischer Zuversicht nach vorn

#### 3 Forum Nord:

Interview: Im Gespräch mit Ulrich Mädge, Oberbürgermeister der Stadt Lüneburg  
Kommunen müssen investieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben

#### 4 Trends und Märkte:

Herbstumfrage zur Baukonjunktur:  
Leichte Verbesserungen bei der  
Beurteilung der Geschäftsaussichten

Kurz notiert

Konjunkturpakete können Einbruch  
in Wirtschaftsbau nicht kompensieren

Impressum



## Nachrichten und Kommentar:

### Fortsetzung von Seite 1

Als Bündnisziele ist in dem Bündnis u.a. die Schaffung eines allgemeinen Bewusstseins für die negativen Folgen von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung am Bau sowie die Forderung eines fairen Wettbewerbs unter gleichen Bedingungen statt ruinöser Preiskonkurrenz und illegaler Praktiken manifestiert.

In diesem Zusammenhang wird auch an die Vorbildfunktion der öffentlichen Auftraggeber bei der Auftragsvergabe, verbunden mit einem konsequenten Gesetzesvollzug bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung durch die zuständigen Bundes- und Landesbehörden appelliert.

Der Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen, Dr. Wolfgang Bayer, erklärte anlässlich der Unterzeichnung des Bündnisses, dass sich die bremische Bauindustrie nachhaltig dafür einsetzen werde, das abgeschlossene Bündnis mit Leben zu füllen:

„Nur wenn sich alle Baubetriebe an die bestehenden Tarife halten, ist fairer Wettbewerb denkbar. Dieses Bewusstsein muss sowohl auf Auftraggeber- als auch auf Auftragnehmerseite wieder in den Köpfen verankert werden“.

Dr. Bayer betonte weiter, dass es wichtig sei, eine konsequente Umsetzung der Bündnisziele in der Praxis zu erreichen. Die „saubere Aktenlage“ reiche hierbei nicht aus.

### Fortsetzung von Seite 1

reduziert wird. Die größere Temperaturempfindlichkeit dieses Betons muss durch eine komplizierte und sensiblere Herstellung ausgeglichen werden.

Universitätsprofessor Dr.-Ing. Klaus-Peter Grosskurth, Institut für Baustoffe, Massivbau und Brandschutz der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig, informierte über „Instandsetzung gerissener Bauteile aus Stahl- und Spannbeton“. Die Forschungsergebnisse geben Auskunft darüber, wie insbesondere Risse in Spannbetonbrücken mit geeigneten Materialien nachbearbeitet werden können, damit die Lebensdauer dieser Bauwerke erhalten werden kann. Nasser Betonuntergrund erschwerte das Einbringen von Kunststoff im Rahmen der vom Bundesverkehrsministerium vorgegebenen SIVV-Regeln (Schützen, Instandsetzen, Verbinden und Verstärken von Betonteilen).

Prof. Dipl.-Ing. Thomas Wegener, Institut für Rohrleitungsbau an der

Fachhochschule Oldenburg e.V., stellte „Rehabilitationsmaßnahmen in der unterirdischen Infrastruktur“ vor. Er gab einen umfassenden Überblick über die gebräuchlichsten Verfahren zur Erhaltung der unterirdischen Netze. Die Versorgungsunternehmen können je nach Umfang und Art des Schadens auf unterschiedliche Lösungen zurückgreifen. Unter Berücksichtigung des demografischen Faktors werden die Netzbetreiber unter Effizienzgesichtspunkten entscheiden, welche Leitungssysteme zukünftig fortgeführt und erhalten werden.



Von links Bartels, Prof. Wegener, Prof. Dr. Warmbold, Prof. Dr. Grosskurth, Prof. Dr. Lohaus, Kammeyer, Prof. Sommer

## Mit skeptischer Zuversicht nach vorn

(brb).-Es ist hinreichend bekannt, was einen Optimisten vom Pessimisten unterscheidet: Es ist die nicht übereinstimmende oder sogar gegensätzliche Beurteilung ein und derselben Sache. An einem zur Hälfte gefüllten Weinglas wird das gern deutlich gemacht. Der eine, der Optimist, stellt fest, das Glas ist erfreulicherweise noch halb voll. Der andere wiederum, der Pessimist, meint voller Bedauern, das Glas sei schon halb leer.

Mit der Bewertung der Daten und Fakten, welche die Grundlage aller Konjunkturprognosen sind, ist es ähnlich. Die deutschen Forschungsinstitute wollen in ihrem Herbstgutachten schon ein wenig Licht am Ende des Tunnels sehen und sagen der Bauwirtschaft für das kommende Jahr eine leichte Zunahme der realen Bauinvestitionen vorher. Die Leute vom Bau hingegen berücksichtigen bei ihrer Einschätzung für 2010 zusätzlich zu ihren harten Zahlen eine ganze Reihe von Unwägbarkeiten und neigen deshalb schon aus Erfahrung zu abwartender Skepsis.

Tatsächlich lässt sich bisher überhaupt keine Trendwende bei den gewerblichen Bauinvestitionen erkennen. Die Genehmigungen für solche Investitionen sind ebenso deutlich eingebrochen im zu Ende gehenden Jahr wie die Eingänge von Aufträgen gewerblicher Investoren. Außerdem schließt die Bauwirtschaft eine weitere Verschärfung der Finanzierungsbedingungen nicht aus, wenn die Unternehmen im Frühjahr ihren Geldinstituten ihre vermutlich schlechteren Bilanzen vorzulegen haben. Falls sich danach die Zinskonditionen für die Unternehmen spürbar verschlechtern sollten, dann ist es durchaus vorstellbar, dass auf eigentlich vorgesehene Investitionen verzichtet wird, oder solche nunmehr unrentablen Investitionen zunächst auf die lange Bank geschoben werden. Optimismus, der sich von Wunschvorstellungen nährt, ist um keinen Deut besser als Pessimismus, der alles schwarz in schwarz malt. Allein Realismus, der die Dinge nicht schön redet, sondern die Wirklichkeit so sieht, wie sie ist, ist die richtige Grundhaltung für vernünftiges Wirtschaften in guten wie in weniger guten Zeiten. Und realistischerweise schaut die Bauwirtschaft an diesem Jahresende mit skeptischer Zuversicht nach vorn.



## Kommunen müssen investieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben

**(brb).**-Im Gespräch mit **Ulrich Mäde, Oberbürgermeister der Stadt Lüneburg**

**Baurundblick:** Auf der Städteversammlung Ihrer Organisation am 21./22. Oktober 2009 in Bad Pyrmont haben Sie die Pyrmonter Erklärung verabschiedet, die den Untertitel trägt: „Lokale Demokratie stärken – Kommunen funktionsfähig erhalten“. Sie benennen darin die heutigen Herausforderungen an die kommunale Selbstverwaltung. Danach müssen Städte, Gemeinden und ganze Regionen sich dem internationalen Wettbewerb um Unternehmen, Arbeitsplätze und hochqualifizierte Arbeitskräfte stellen. Welche Möglichkeiten stehen den niedersächsischen Städten und Bremerhaven in diesem Wettbewerb zur Verfügung?

**Ulrich Mäde:** Das ist wie bei jedem mittelständischen Unternehmen: Alles steht und fällt mit gutem Personal. Hochqualifizierte, motivierte Führungskräfte und Mitarbeiter sind enorm wichtig. Doch was hilft es, wenn ich dieses Personal nicht bezahlen kann? Die Kommunen brauchen eine vernünftige Finanzausstattung, um im Wettbewerb bestehen zu können.

Wir können und wollen unsere Städte ja nicht abreißen. Im Gegenteil, wir müssen sie weiterentwickeln und dürfen sinnvolle, nachhaltige Investitionen nicht scheuen – gerade jetzt in der Krise. Städte und Gemeinden müssen attraktiv sein, um Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Firmen und Familien Lebensqualität zu bieten. Gerade jetzt in der Niedrigzinsphase sind wir aufgefordert, in notwendige Infrastrukturen und Bildung zu investieren.

Daneben müssen die Kommunen ein gesundes Verhältnis zur Privatisierung bzw. Auslagerung kommunaler Aufgaben entwickeln. Wir dürfen nicht alle Aufgaben privatisieren – wenn wir keine Straßenreinigung und Müllentsorgung, keine Wasserversorgung, kein eigenes Sparkassenwesen mehr haben, keine Krankenhäuser und Wohnungsgesellschaften, dann schwindet auch der Einfluss, den wir im Sinne unsere Bürgerinnen und Bürger ausüben können. Die Bürgerschaft kann weniger mitwirken und es fehlt die Identifikation. Aber wir brauchen kommunale Werke, damit es Wettbewerb und Gestaltungsmöglichkeiten in der Kommune gibt.

**Baurundblick:** Ihre Forderung, dass die öffentliche Infrastruktur erneuert werden muss, um die Wettbewerbsfähigkeit der

Städte und Gemeinden zu erhalten, da sie zu großen Teilen aus den sechziger und siebziger Jahren stammt, wird sicherlich Anklang in der Bauwirtschaft finden. Wie sollen diese gewaltigen Aufgaben finanziert werden?



**Ulrich Mäde:** Hier kann es nur heißen: „Weg mit dem Solidaritätszuschlag, Hände weg von der Gewerbesteuer“. Die Städte und Gemeinden brauchen eine aufgabengerechte Finanzausstattung – auch und gerade für die notwendigen Investitionen und auch im Hinblick auf die Bauwirtschaft. Schließlich erfolgen 2/3 der Investitionen in den Kommunen. Das scheint die schwarz-gelbe Koalition noch nicht verstanden zu haben. Die Regierung verteilt (Steuer-) Geschenke und die Kommunen haben die Bescherung. Zurzeit wird das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz diskutiert – ich nenne es Schuldenbeschleunigungsgesetz. Es saugt den Kommunen die letzte Lebenskraft aus, wenn zusätzlich zur Krise und den wegbrechenden Steuereinnahmen nun auch noch dieses Programm kommen soll.

Den Kommunen muss – auch und gerade in Krisenzeiten – erlaubt werden, Kredite für die dringenden Investitionen aufzunehmen. Kreditaufnahmen sind vom Grunde her schließlich nicht Teufelszeug, sondern bedeuten wie bei einem Unternehmen, verantwortungsbewusst angewendet, Zukunftssicherung. Daneben brauchen wir für die Kommunen einen Rettungsschirm, ähnlich wie bei den Banken – Bund und Land müssen die kommu-

nalen Kredite, die primär aus der Finanzkrise kommen, übernehmen. Es kann nicht sein, dass Bund und Land den Kommunen immer mehr Aufgaben übertragen, aber gleichzeitig Zuweisungen kürzen und Kreditaufnahmen verbieten. Die Kommunen sind am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angekommen. Die Ausgaben für die stetig steigenden Sozialleistungen übersteigen schon jetzt die Investitionen deutlich.

**Baurundblick:** Herr Oberbürgermeister Mäde, in Ihrer Pyrmonter Erklärung beschreiben Sie die Finanzsituation der Städte und Kommunen in Niedersachsen schonungslos; die erheblichen Einnahmeausfälle müssen bei steigenden Aufwendungen für die Sozialleistungen ins Lot gebracht werden. Sie kündigen in diesem Zusammenhang Einschnitte bei öffentlichen Leistungen an. Investitionen in Bildungseinrichtungen können mit dem laufenden Konjunkturprogramm der Bundesregierung gefördert werden. Wie sieht es mit der Investitionsfähigkeit und -bereitschaft der Kommunen in den übrigen Bereichen aus? Die kommunalen Gebietskörperschaften sind ja nach wie vor die größte Gruppe öffentlicher Auftraggeber vor dem Bund und den Ländern.

**Ulrich Mäde:** Die Bereitschaft zu Investitionen ist definitiv da. Kommunen müssen investieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Bei der angespannten Situation der kommunalen Haushalte jedoch, bekommt die Prioritätensetzung bei den Investitionen eine immer stärkere Bedeutung. In Lüneburg gilt der Dreiklang „Notwendig – Nützlich – Angenehm“. Im Moment lässt sich nur das „Notwendig“ mit Mühe und Not realisieren. An „Nützlich“ oder gar „Angenehm“ ist überhaupt nicht zu denken. Im Mittelpunkt stehen daher Investitionen, die nachhaltig sind, also all jene, von denen unsere Kinder und Kindeskiner noch profitieren. Insofern haben Investitionen in den großen Bereich Bildung - von der Krippe bis zur Universität – absoluten Vorrang. Aber auch viele Straßen und Brücken befinden sich mittlerweile in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Daneben werden auch Investitionen mit positiven Folgen für das Klima immer wichtiger. Von der energetischen Gebäudesanierung, über die Förderung regenerativer Energien bis hin zum Ausbau des ÖPNV – Maßnahmen zum Schutz des Klimas sind für Kommunen zu einer Verpflichtung geworden.



## Trends und Märkte

### Herbstumfrage zur Baukonjunktur: Leichte Verbesserungen bei der Beurteilung der Geschäftsaussichten

(brb).-Die Auswertung der traditionellen Herbstumfrage des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen zeigt eine leichte Verbesserung bei der Beurteilung der Geschäftsaussichten für die nächsten 6 Monate. Während vor einem Jahr nur etwas mehr als 2 Prozent der befragten Mitgliedsunternehmen optimistisch in die Zukunft blickten, sind es nunmehr fast 7 Prozent. Die Zahl derer, die von einer unveränderten Geschäftslage in den nächsten 6 Monaten ausgehen, hat sich von 39 Prozent in der Herbstumfrage 2008 auf jetzt fast 50 Prozent erhöht.

Die Beurteilung der gegenwärtigen Geschäftslage hat sich demgegenüber im Vergleich zum Vorjahr etwas eingetrübt. Damals wie heute fielen die Beurteilungen im Bereich des Straßenbaus und des Wohnungsbau am schlechtesten aus. Verbesserungen bei der Beurteilung der derzeitigen Geschäftslage gab es lediglich

in den Bereichen des Leitungsbaus sowie des Spezialbaus, also z.B. Isolierbau, Spezialtiefbau und Wasserhaltungsarbeiten. Zurückhaltung zeigten die Firmen bei der Beurteilung der Beschäftigungssituation. Die Zahl derjenigen, die bei der Personalplanung von einer Abnahme im Bereich der gewerblichen Arbeitnehmer ausgehen, hat sich von 24 Prozent in der Herbstumfrage 2008 auf jetzt 34 Prozent erhöht.

Bei der Frage nach den drängendsten Problemen der Bauwirtschaft stand bereits wie in den Vorjahren das unauskömmliche Preisniveau an der Spitze. Es folgten der Rückgang der Baunachfrage sowie die schlechte Zahlungsmoral der Auftraggeber. Das erstmals abgefragte Problem der Kreditklemme bzw. schlechterer Bankkonditionen wurde von einem Viertel der befragten Mitgliedsunternehmen als derzeit größtes Problem benannt.

### Kurz notiert

(brb).-Die Umsetzung der Konjunkturpakete I und II in Niedersachsen, die Initiative Niedersachsen, hat die Milliardenengrenze überschritten. Nach Angaben von Finanzminister Hartmut Möllring sei mit insgesamt 3904 Maßnahmen ein Investitionsvolumen von mehr als einer Milliarde Euro auf den Weg gebracht worden. Rechne man das Aufstockungsprogramm des Landes dazu, das nicht in den Konjunkturpaketen enthalten ist, seien es sogar 3946 Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 1,095 Milliarden Euro. Der Minister attestierte dem Programm eine beachtliche Dynamik. Mittlerweile seien mehr als drei Viertel des mit der Initiative Niedersachsen beabsichtigten Investitionsvolumens von 1,4 Milliarden Euro in der Umsetzung. Trotzdem seien auch im Oktober noch 547 Vorhaben dazugekommen – im Durchschnitt 18 neue Projekte am Tag. Auch bei der Zahl der Verwendungsnachweise (89), mit denen der Abschluss von Vorhaben dokumentiert werde, stehe Niedersachsen gegenüber anderen Ländern deutlich besser da, sagte Möllring.

### Konjunkturpakete können Einbruch in Wirtschaftsbau nicht kompensieren

(brb).-Die Konjunkturprogramme zeigen auch in Niedersachsen Wirkung. Allerdings kann die öffentliche Baunachfrage die Auftragsausfälle im Wirtschaftsbau nicht kompensieren. Diese Einschätzung gaben die Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen, Prof. Dipl.-Kfm. Michael Sommer und Herr RA Dr. jur. Wolfgang Bayer, im Rahmen eines Pressegesprächs.

Nach ihm hat das Konjunkturpaket I mit den darin enthaltenen Maßnahmen der Verkehrsinfrastruktur hohe Bedeutung für Niedersachsen. Von den zur Beschleunigung von Verkehrsprojekten vorgesehenen 2 Milliarden Euro entfielen gut 118 Millionen Euro auf Projekte in Niedersachsen. Auch bei der Aufteilung der für die Länder und Kommunen vorgesehenen Mittel des Konjunkturprogramms II ergebe sich ein erheblicher Investitionsschub

für den öffentlichen Baubereich. So stehe einschließlich des 25 prozentigen Eigenanteils den Ländern und Kommunen in Niedersachsen ein Investitionsvolumen von knapp 1,2 Milliarden Euro und in Bremen von 118 Millionen zur Verfügung.

Nach Aussage Sommers und Bayers hat eine von der Stiftung der Bauindustrie Niedersachsen-Bremen beim Eduard Pestel Institut für Systemforschung in Hannover in Auftrag gegebene Untersuchung gezeigt, dass die Umsetzung der Konjunkturpakete außerordentlich hoch sei. In Niedersachsen seien bereits über 60 Prozent der Mittel des Konjunkturprogramms mit Projekten belegt. Für Bremen und Bremerhaven sei die Verteilung der vorgesehenen 118 Millionen Euro bereits vollständig erfolgt.

Trotz dieser Erfolge konnten die Rückgänge im Bereich des Wirtschaftsbaus nicht kompensiert werden. Diese beliefen sich

mit Stand August 2009 bei den Auftrags-eingängen in diesem Bereich in Niedersachsen auf minus 26,7 und in Bremen sogar auf minus 68,5 Prozent. Über alle Bausparten gesehen, betrage der Rückgang der Baunachfrage in Niedersachsen 7,7 Prozent und in Bremen 28,8 Prozent.

Eine Belebung des Wirtschaftsbaus sei auch mittelfristig nicht zu erwarten. So sind nach Angaben Sommers und Bayers bis August 2009 die erteilten Baugenehmigungen – der Frühindikator für die Nachfrage im Hochbau – für Nichtwohngebäude in Niedersachsen um 16,2 Prozent und in Bremen sogar um 70,5 Prozent eingebrochen.

#### Impressum

Druckerei Gebrüder Höljtje GmbH  
Escherstraße 22, 30159 Hannover  
Telefon (05 11) 7 00 86-0  
Telefax (05 11) 7 00 86-86

Norddeutsche Landesbank  
Girozentrale  
Konto 101020 964, BLZ 250 500 00

Sparkasse Hannover  
Konto 547 646, BLZ 250 501 80  
Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler

Nachdruck, auch auszugsweise  
gestattet. Quellenangabe und  
Belegexemplare erbeten.